



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

10. Jahrgang, Nummer 04 / 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal findet Ihr in diesem BBU-Newsletter zahlreiche Informationen über drängende ökologische Probleme. Gerade bei dem Regenwetter der letzten Tage könnte sich Umweltfrust breitmachen. Tenor: Die Zahl der Probleme ist zu groß, Engagement lohnt sich nicht. Doch es gibt immer wieder Lichtblicke und Erfolge. So konnten mehr als 1,5 Millionen Unterschriften für die Europäische Wasserpetition gesammelt werden, http://www.eco-world.de/scripts/basics/econews/basics.prg?session=42f94c0651a4db8e_609115&a_no=26919, und offenbar wird das AKW Kaliningrad nicht gebaut, mehr dazu in den Themenbereichen. Also: Für Frust gibt es keinen Grund. Und wer noch kein Mitglied in einem Umweltverband sein sollte, kann sich dem BBU anschließen: Gemeinsam sind wir stärker. Aufnahmeanträge für Privatpersonen bzw. Initiativen und Organisationen findet man hier: <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Und hier kann direkt für den BBU gespendet werden: https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578. Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch noch sonnige und engagierte Frühlingstage.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU ruft zur Unterzeichnung der Online-Petition für ein Verbot von Fracking auf

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt die Online-Petition der Bürgerinitiativen für ein Verbot von Fracking und ruft zur Unterzeichnung der Online-Petition auf. Unter der Adresse www.petition-fracking.de können Bürgerinnen und Bürger die Korbacher Resolution der Bürgerinitiativen gegen Fracking unterstützen.

„Reihen auch Sie sich ein in den Widerstand gegen diese Risikotechnologie. Erhöhen Sie mit Ihrer Unterschrift in der Online-Petition den Druck auf die Bundesregierung, Bundestag und die Landesregierungen, um Fracking zu verhindern. Einfach auf der Startseite des BBU www.bbu-online.de unter dem Symbol mit der Hand „Stop Fracking“ auf „Online-Petition“ klicken“, erläutert Ulla Weiß vom Vorstand des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz die Vorgehensweise.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 24.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/24.05.13.html>



2. Themenbereiche

Akzeptanzforschung

Akzeptanzforschung zu CCS, CO2-Pipelines, Fracking, EOR und EGR

„Nicht genug, dass ganze Heerscharen von Wissenschaftlern universitärer Einrichtungen bzw. Behörden - z. T. seit Jahrzehnten – im Interesse von und in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Kohle-, Erdgas- und Erdölkonzernen zu CCS bzw. Fracking, Geothermie und EOR* bzw. in Verbundprojekten die „gleichzeitige Nutzung des Untergrundes in unterschiedlichen Tiefen“ erforschen und Milliarden-Beträge von der EU allein für CCS verteilt werden. Nein, viele CCS-Forschungsprojekte beinhalten auch zugleich Akzeptanzforschung.“

Aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager, Schleswig-Holstein vom 22.04.2013.

Die BI ist eine Mitglieds-BI des BBU.

Die vollständige Pressemitteilung findet man unter

<http://www.kein-co2-endlager.de/downloads/presse/PM-220413.pdf>. Weitere Informationen über die Aktivitäten der BI unter <http://www.kein-co2-endlager.de>.

Artenschutz

BBU fordert mehr Schutz der Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten

Anlässlich des internationalen Tages der biologischen Vielfalt (22.05.2013, www.cbd.int/ldb) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zur verstärkten Förderung des Artenschutzes aufgerufen. „Natürliche Lebensräume werden für Tier- und Pflanzenarten immer knapper. Der Schutz der Artenvielfalt muss einen höheren Stellenwert bekommen“, so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

Der BBU sieht nach wie vor beim enormen Flächenverbrauch für Bebauungspläne aller Art sowie für den Fernstraßenbau Gefahren für die Artenvielfalt. Da die vorhandenen Flächen nicht vermehrt werden können, ruft der BBU zum sparsamen Umgang mit Flächen auf. Feuchtgebiete und Streuobstwiesen, aber auch Hecken in der freien Landschaft und schützenswerte Brachflächen, müssen vor der Bebauung bewahrt werden. Der Straßenbau muss gebremst, der Bahn- und Busverkehr muss ausgeweitet werden.

In der Landwirtschaftspolitik setzt der BBU auf den Bio-Landbau, der durch den Verzicht auf chemische Keulen den Artenschutz fördert. Zudem spricht sich der BBU gegen den Einsatz von genmanipulierten Pflanzen und für alte, regional bedeutsame Gemüse- und Obstsorten aus.

Aktuell zur Gartensaison empfiehlt der BBU im Gartenbereich auf den Einsatz von Torf zu verzichten. Auch in der Bundesrepublik werden noch immer Tier- und Pflanzenarten durch den Torfabbau in Mooregebieten bedroht. Torf sollte im Gartenbereich nicht mehr zum Einsatz kommen. Zudem sollte im heimischen Garten auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet werden.

International spricht sich der BBU zum internationalen Tag der biologischen Vielfalt u. a. für den Schutz der Regenwälder und der Meere aus. "Die Abholzung der Regenwälder und die Vergiftung der Meere müssen gestoppt werden", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben im Natur- und Umweltschutz ruft der BBU die Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit in Bürgerinitiativen auf. Der BBU unterstützt auch die Gründung neuer Bürgerinitiativen. Anregungen enthält der elektronische Newsletter des BBU, der kostenlos bezogen und auch im Internet gelesen werden kann. Kontakt und weitere Informationen unter www.bbu-online.de und 0228-214032.

BBU-Pressemitteilung vom 22.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/22.051.13.html>

Atomindustrie

Bundesregierung soll sich gegen das russische AKW Kaliningrad engagieren

Die Bundesregierung soll sich mit Vehemenz gegen den Bau des russischen Atomkraftwerks im Bereich der Stadt Kaliningrad engagieren. Diese Forderung hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) aufgestellt. Der BBU steht im Kontakt mit der russischen Umweltorganisation Ecodefense, deren Mitglieder am 27. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe in Kaliningrad gegen das neue Atomkraftwerk demonstriert haben. Das Atomkraftwerk befindet sich derzeit noch in der Bauphase und soll später aus zwei Reaktorblöcken bestehen – wenn der Bau nicht gestoppt werden kann.

“Die russischen Anti-Atomkraft-Initiativen können nur unter erschwerten Bedingungen gegen die Atomindustrie in Russland demonstrieren und bemühen sich bei deutsch-russischen Kontakten immer wieder um Unterstützung. Dabei ist auch die Bundesregierung gefordert aktiv zu werden. Beim AKW Kaliningrad ist die Entsorgung des anfallenden Atommülls ungelöst – und schon aus diesem Grund darf das AKW nicht in Betrieb gehen“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 03.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/03.051.13.html>

Aktueller Nachtrag: Das AKW Kaliningrad wird nicht gebaut!! Ein großartiger Erfolg! Mehr dazu unter

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1080658.

AKW Obrigheim: Neue wasserrechtliche Genehmigung beantragt

(UB) Bis Mitte Mai konnten Einwendungen und Stellungnahmen im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens für eine neue wasserrechtliche Genehmigung für das Atomkraftwerk (AKW) Obrigheim eingereicht werden. In einer Information der Initiative AtomErbe Obrigheim, die im BBU organisiert ist, heißt es: "Obwohl das AKW abgebaut wird, soll weiterhin Abwasser mit radioaktiven Stoffen in den Neckar geleitet und auch Neckarwasser zu Kühlzwecken genutzt werden. Beantragt ist die Genehmigung für 20 Jahre, also bis 2033, obwohl der Abbau bis etwa 2023 beendet sein soll.

Anfang Mai teilte das baden-württembergische Umweltministerium (UM) zudem mit, dass die 3. Abbaugenehmigung für das AKW Obrigheim erteilt wurde. "Damit kann jetzt der am höchsten radioaktiv verschmutzte und verstrahlte Bereich, nämlich der Reaktordruckbehälter mit Einbauten und Umgebung abgebaut werden. Die Strahlung ist so stark, dass nur fernhandelt, d. h. mit Robotern, daran gearbeitet werden kann", so die Initiative AtomErbe Obrigheim.

Weitere Informationen zum AKW Obrigheim gibt es im Internet unter www.atomerbe-obrigheim.de bzw. unter: <http://umweltfairaendern.de/2013/05/rueckbau-akw-obrigheim-steckt-voller-risiken-einwendungen-gegen-wasser-rechtliche-genehmigung-jetzt>

Quelle: BBU-Pressemitteilung vom 10.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/10.052.13.html>

BBU gegen Plutoniuminsatz / Empörung über Wiederinbetriebnahme des AKW Grohnde

Der BBU hat mit Empörung auf die Wiederinbetriebnahme des niedersächsischen Atomkraftwerks Grohnde reagiert. „Rund 20.000 Menschen hatten im März anlässlich des 2. Fukushimajahrestages gegen das AKW Grohnde demonstriert. Niedersachsens Umweltminister Wenzel hätte die deutlichen Signale der Bevölkerung aufgreifen und die Wiederinbetriebnahme des AKW verhindern müssen“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Das AKW Grohnde stößt nicht nur in Niedersachsen, sondern auch im Nachbarland Nordrhein-Westfalen auf breiten Widerstand. Das Atomkraftwerk (AKW) Grohnde ist am gestrigen Dienstag (14. Mai) nach Abschluss der diesjährigen Anlagenrevision wieder ans Netz gegangen. Im Rahmen der Revision sind nach offiziellen Angaben 52 der 193 Brennelemente im Reaktorkern gegen neue ausgetauscht worden. Es wurden auch acht plutoniumhaltige MOX Brennelemente eingesetzt. Weitere Informationen zum AKW Grohnde und zum Einsatz der Plutonium-MOX-Brennelemente gibt es im Internet unter

<http://www.grohnde-kampagne.de/home>.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 15.05.2013;

[http://www.bbu-](http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/15.05.13.html)

[online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/15.05.13.html](http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/15.05.13.html)



BBU fordert die Entwidmung aller Häfen für den Umschlag radioaktiver Stoffe

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat seine Forderung nach der Entwidmung aller Häfen für den Umschlag radioaktiver Stoffe bekräftigt. Der Brand der "Atlantic Cartier" am 1. Mai in Hamburg hat verdeutlicht, dass die Gefahr einer Atomkatastrophe nicht nur im Nahbereich von Atomkraftwerken und Atomanlagen droht, sondern auch weitab an allen Stationen der Atomtransporte. Erst nach dem Brand des Frachters "Atlantic Cartier" wurde offiziell bekannt, dass an Bord des Schiffes Nuklearmaterial geladen war. Auch das hochgefährliche Uranhexafluorid war an Bord, das in keinem Fall mit Wasser in Verbindungen kommen darf, da sich sonst Flusssäure bildet. Alternative Löschmittel standen der Hamburger Feuerwehr allerdings nicht ausreichend zur Verfügung. "Durch die Bergung der Urancontainer von dem brennenden Schiff konnte in diesem Fall eine Katastrophe verhindert werden. Aber niemand kann garantieren, dass ein derartiger Brand an Bord eines Atomfrachters immer in den Griff zu bekommen sein wird", warnt das Hamburger BBU-Vorstandsmitglied Regina Ludewig.

Weitere Informationen: www.urantransport.de, www.bbu-online.de,

www.nadir.org/nadir/initiativ/sand, www.umweltfairaendern.de

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 28.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/28.051.13.html>

Einbruch in BI-Büro

In das Büro der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wurde eingebrochen. Mehr dazu in einer Meldung vom 28.05.2013 der BI, die im BBU organisiert ist, unter

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/aktuell/einbruch-im-bi-buro#more-8852>

Endlagersuchgesetz

Informationen zum Endlagersuchgesetz der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg unter

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/aktuell/endlagersuchgesetz>. Die BI ist Mitglied im BBU.

Der BBU nimmt am Bürgerforum über das Endlagersuchgesetz (31. Mai bis 2. Juni 2013 in Berlin) NICHT teil. Mehr dazu unter <http://www.ausgestrahlt.de/presse/artikel/8e68d7f348/umweltverbaende-fordern-neues-gesetz.html>.

WDR Fernsehen: Atomic Africa; Dienstag, 6. Juni 2013, 23.15 Uhr

Seit Jahren schon sind es afrikanische Staaten, die weltweit die Riege der Länder mit dem stärksten Wirtschaftswachstum anführen. Doch der neue Boom braucht Energie, Stromausfälle sind an der Tagesordnung. Immer mehr afrikanische Regierungen wollen deshalb auf Atomkraft setzen.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.wdr.de/programmvorschau/object4Broadcast.jsp?broadcastId=4268449>

Ab 8. Juni: Solitreck von Gorleben nach Morsleben und Magdeburg

Während die Politik versucht den Bürgern anhand eines Standortauswahlgesetzes wieder einmal eine neue Ära im Umgang mit Atommüll zu suggerieren, den Bürgern gar Transparenz und Mitsprache versichert, finden abseits der großen „Polit-Bühne“ weiterhin Gerichtsverfahren gegen Menschen statt, die sich für genau diese, durch die Politik zugesicherte, Forderungen verantworten müssen. Quelle und weitere Informationen unter

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/soli-treck>.

Chemiepolitik

„Glufosinat endlich vom Markt nehmen!“

EU befürchtet Risiken für Säugetiere / BAYER erweitert Produktion in den USA

Die EU-Kommission hat in einer aktuellen Verordnung die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, die Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln mit dem umstrittenen Herbizid Glufosinat bis zum November 2013 zu widerrufen oder einzuschränken. Wörtlich heißt es in der Verordnung, „dass ein hohes Risiko für Säugetiere und Nichtzielarthropoden nur durch Festlegung weiterer Einschränkungen ausgeschlossen werden kann“.

Das fortpflanzungsschädigende Glufosinat gehört zu der Gruppe besonders gefährlicher Pestizide, die laut EU-Pestizidgesetzgebung sukzessive aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Für Glufosinat läuft die Genehmigung im September 2017 aus.

Trotz der seit Jahren bekannten Risiken und dem voraussehbaren Ende für den EU-Markt hat die Bayer CropScience AG gestern den Bau einer neuen Glufosinat-Produktionsanlage im US-Bundesstaat Alabama angekündigt. Hierdurch solle der weltweite Ausstoß verdoppelt werden, so das Unternehmen. Begründet wird der Schritt mit zunehmenden Unkrautresistenzen gegen das Herbizid Glyphosat von Monsanto.

Carina Weber, Geschäftsführerin vom Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) fordert: „Die EU-Mitgliedsstaaten, so auch Deutschland, sollten jetzt eine klare Entscheidung treffen und glufosinathaltige Mittel auf Grundlage der Verordnung vom Markt nehmen. Weiteres Herumdoktern mit Verwendungsbeschränkungen wäre aufgrund der hohen Risiken weder zu befürworten noch nachzuvollziehen.“ Betroffen wären in Deutschland die drei BAYER-Produkte BASTA, HYGANEX-flüssig und RA-200-flüssig, die u. a. beim Anbau von Spargel, Kartoffeln, Möhren und Feldsalat eingesetzt werden.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren ergänzt: „Die Firma BAYER handelt unverantwortlich, wenn sie im Ausland den Einsatz eines Pestizids forciert, das in Europa aus guten Gründen vom Markt genommen wird“. Mimkes erinnert daran, dass Umweltverbände vor der Einführung von genmanipuliertem Saatgut stets vor der Entstehung herbizidresistenter Wildkräuter gewarnt haben. „Weder der Einsatz von Glyphosat noch der von Glufosinat ist zu verantworten. Wir müssen endlich damit aufhören, immer mehr resistente Unkräuter mit Agrogiften zu erzeugen!“

BAYER bietet das Herbizid auf dem globalen Markt in Kombination mit gentechnisch verändertem Saatgut an, u.a. Raps, Reis, Zuckerrüben, Mais, Soja und Baumwolle. Da die Pflanzen tolerant gegen den Wirkstoff sind, haben die Landwirt/innen die Möglichkeit, das Pestizid in großen Mengen zu verwenden, ohne die Nutzpflanze zu schädigen. Mit einem Weltmarktanteil von rund 20% ist Bayer CropScience der zweitgrößte Pestizidhersteller der Welt.

Glufosinat kann Missbildungen bei Föten verursachen und ist als reproduktionstoxisch klassifiziert. Studien zufolge beeinträchtigt der Wirkstoff zudem die Entwicklung des Gehirns und ruft Verhaltensstörungen hervor. Erst Anfang des Jahres hatte Bayer die Erweiterung der Glufosinat-Produktion auch in Deutschland angekündigt.

Weitere Informationen:

=> [BAYER erhöht Glufosinat-Produktion in Deutschland](#)

=> [EU-Verbot: Glufosinat jetzt vom Markt nehmen!](#)

Gemeinschaftliche Pressemitteilung folgender Organisationen vom 16.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/16.05.13.pdf>

Coordination gegen BAYER-Gefahren, www.cbgnetwork.org

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN), www.pan-germany.org

des Gen-ethisches Netzwerk e.V. (GeN), www.gen-ethisches-netzwerk.de

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU), www.bbu-online.de



CO2-Verpressung

Mahnwache gegen CO2-Verpressung

Gestern führten Mitglieder der BI "Kein CO2-Endlager Altmark" gemeinsam mit Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle des BUND in Magdeburg eine Mahnwache durch. Anlass war die Sitzung des Wirtschaftsausschuss des Landtags, in der das Thema "Landesgesetz gegen CO2-Verpressung" behandelt werden sollte.

Wie uns während der Anfahrt Dorothea Frederking (Grüne) telefonisch mitteilte, war dieser Punkt kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt worden. Vor Ort erläuterte uns der Ausschussvorsitzende Tilman Tögel (SPD) den Grund: Die CDU hält bekanntlich ein solches Gesetz für unnötig, da derzeit kein Antrag auf CO2-Verpressung in der Altmark vorliegt. Falls zu einem späteren Zeitpunkt ein Antrag gestellt werde, könne nach Meinung der CDU dann immer noch ein Gesetz angekündigt und dadurch ein dreijähriges Moratorium ausgelöst werden. Uns - und u.a. wohl auch der SPD - erscheint die dem zugrunde liegende Auslegung des § 45 (3) des CCS-Gesetzes mehr als fragwürdig. Die SPD verlangt nun von der CDU, ihre Gesetzesauslegung schriftlich herzugeben, damit diese überprüft werden kann. Dies ist der fällige Schritt, um in dieser Frage, die derzeit die Gesetzesvorbereitung behindert, Klarheit zu schaffen. Dass aus diesem Grund die Entscheidung über das Gesetzesvorhaben gestern von der Tagesordnung genommen wurde, wird von unserer Seite daher begrüßt.

Pressemitteilung der BI "Kein CO2-Endlager Altmark" vom 24.05.2013.

Die BI ist Mitglied im BBU. Weitere Infos über ihre Arbeit unter <http://www.kein-co2-endlager-altmark.de>.

Fracking

„Fracking nicht über Köpfe der Menschen hinweg durchsetzen!“

66 Prozent der Bürger fordern ein Fracking-Verbot – Umweltverbände stellen Gesetzesvorschlag für Verbot vor

Campact, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Zusammenschluss von Bürgerinitiativen „Gegen Gasbohren“ haben heute die Bundesregierung aufgefordert, ihr geplantes Fracking-Gesetz zurückzuziehen und die umstrittene Gasfördermethode stattdessen zu verbieten. Die Verbände wissen bei dieser Forderung die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Nach einer von Campact beauftragten repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid vom 3./4. Mai unterstützen 66 Prozent der Befragten ein Verbot von Fracking in Deutschland. Nur 23 Prozent würden Fracking erlauben. Der Rest war unentschieden oder gab keine Meinung an (<http://bit.ly/emnid-umfrage>). Über 150 000 Menschen haben zudem im Internet den Campact-Appell „Fracking stoppen!“ unterzeichnet (<https://www.campact.de/fracking/stoppen/teilnehmen/>).

„Die große Mehrheit der Bürger fordert ein Verbot von Fracking, damit unser Grundwasser nicht in Gefahr gerät, mit Chemikalien verseucht zu werden. Die Regierung darf diese Hochrisiko-Technologie nicht über die Köpfe der Menschen hinweg durchsetzen. Sie muss ihren Gesetzesentwurf zurückziehen, der Fracking den Weg ebnet“, forderte Christoph Bautz von Campact.



Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des BBU und aktives Mitglied des Netzwerks „Gegen Gasbohren“ erklärt: „Nach wie vor plant die Bundesregierung, Fracking durchzusetzen. Außerhalb von Wasserschutzgebieten sind Fracking und die Verpressung der Prozessrückstände in den Untergrund unverändert möglich. Daran ändern auch die neuen

Vorschläge für Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes und der UVP-Verordnung Bergbau nichts. Die von der Koalition hochgelobten Korrekturen am Fracking-Recht sind reine Kosmetik.“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) warnte davor, sich bei der Abschätzung der Umweltfolgen des Fracking auf Umweltverträglichkeitsprüfungen zu verlassen. Claudia Baitinger, BUND-Expertin für Fracking: „Erfahrungsgemäß dient das Instrument der Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen oft nur als Feigenblatt. Es bietet letztendlich keine Gewähr für die Vermeidung von Schäden an Mensch und Umwelt. Um die Grund- und Trinkwasserressourcen in Deutschland umfassend schützen zu können, muss die riskante Methode des Fracking generell verboten werden.“

Um der Forderung nach einem Fracking-Verbot Nachdruck zu verleihen, hat der BUND einen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Bundesberggesetzes erarbeitet. Bereits jetzt untersagt dieses Gesetz Fördermethoden für Bodenschätze, wenn ihr „überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen“. Der BUND forderte, dass das Fracking wegen seiner umweltgefährdenden Risiken in diesem Gesetz explizit als verbotene Fördermethode genannt werden müsse. Den Entwurf des BUND für ein Fracking-Verbotsgesetz finden Sie im Internet unter <http://www.bund.net/frackinggesetz>. Die gemeinsame Stellungnahme von BBU und 16 Initiativen zum geplanten Fracking-Recht finden Sie unter: http://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/Fracking_Stellungnahme.pdf
Gemeinschaftliche Pressemitteilung von Campact, BUND und BBU vom 07.05.2013;
http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/PM_Pressekonferenz_Fracking.pdf

BBU und Anti-Fracking-Initiativen geben Stellungnahme zum neuesten Entwurf des Fracking-Rechts ab – Vorgesehene Regelungen sind weiterhin unzureichend

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und 14 Anti-Fracking-Initiativen haben heute eine erneute Stellungnahme zum geplanten Fracking-Recht an das Bundes-Umweltministerium und das Bundes-Wirtschaftsministerium geschickt. Anlass war ein weiterer interner Entwurf der Ministerien zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes, der dem BBU und den Initiativen vorliegt. Kernpunkt der Stellungnahme ist die Kritik an dem weiterhin unzureichenden Schutz bedeutender Gewässer vor den Gefahren des Frackings.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Durch den Gesetzentwurf soll jetzt ein Teil natürlicher Seen und ihrer Einzugsgebiete vom Fracking ausgenommen werden. 75% der Fläche Deutschlands bleiben jedoch ungeschützt. Talsperren und Stauseen genießen keinen Schutz. Und auch die Trinkwassergewinnung mittels Uferfiltrat ist von der Regelung ausgenommen. Die lebensnotwendige Trinkwasserversorgung großer Teile der Bevölkerung wird damit weiterhin gefährdet.“

Der BBU betont, dass immer weitere und detailliertere Änderungen im geplanten Fracking-Recht keine Lösung der Problematik darstellen. Er fordert ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.

BBU-Pressemitteilung vom 28.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/28.05.13.html>

Kohlepolitik

Elblockade laut BBU ein deutliches Zeichen gegen das Kohlekraftwerk Moorburg

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bezeichnet die Elblockade bei den Landungsbrücken im Rahmen des Hamburger Hafengeburtstages, die sich im Moment formiert, als deutliches Zeichen gegen die drohende Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Moorburg bei Hamburg und gegen den Kohleabbau in Kolumbien. Nach Angaben des BBU beteiligen sich 22 Schiffe an dem Protest auf der Elbe. Der ungewöhnliche Protest kommt bei der Bevölkerung gut an und wird auch am Ufer mit vielfältigen Aktionen unterstützt. Solidarität wird an Land auch mit einem 60 Meter langen Transparent gezeigt. Bei einer Kundgebung kommen zudem Mitglieder verschiedener Initiativen und Organisationen zu Wort, darunter auch Aktive aus Kolumbien und von der Kampagne "Unser Hamburg – Unser Netz", die für den Tag der Bundestagswahl einen Volksentscheid über die zukünftige Energieversorgung in Hamburg vorbereitet (www.unser-netz-hamburg.de).



Organisiert wurde die Elblockade von „gegenstrom13“, einem Zusammenschluss von Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen, Informationen über die Proteste zu Wasser und an Land findet man im Internet unter www.gegenstrom13.de. Dem Bündnis „gegenstrom13“ gehört auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz an. Der in vielen Bereichen engagierte BBU fordert den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und den Ausstieg aus der Kohlestromproduktion.

Der BBU verurteilt die geplante Inbetriebnahme des KKW Moorburg durch den Stromkonzern Vattenfall im nächsten Jahr scharf. Es darf nicht sein, dass Vattenfall mit einer Klage vor dem internationalen Schiedsgerichtshof die Umweltstandards für Moorburg verwässert, dass sie nicht mehr dem EEG entsprechen. Der Strom wird in Deutschland nicht benötigt, sondern vermutlich in die Niederlande exportiert werden. Die Gewinne gehen nach Schweden zum Konzernsitz.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 10.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/10.053.13.html>

Tonergefahren

Tagegeld bei tonerbedingten Bronchienproblemen

Auf der Internetseite von nano-Control findet man diese interessante Meldung:

http://www.ktipp.ch/themen/beitrag/1084335/Neue_Gerichtsurteile_Krankheit_wegen_Tonerstaub.

Die Stiftung nano-Control ist eine Mitgliedsorganisation des BBU. Mehr unter <https://www.nano-control.de>.

Verkehrspolitik

Nur Vorteile: Auch der BBU fordert ein Tempolimit auf Autobahnen

Der BBU begrüßt die aktuelle Diskussion um ein Tempolimit auf Autobahnen. Aus Sicht des BBU würde ein Tempolimit nur Vorteile mit sich bringen: Ressourcen könnten gespart werden, die Umwelt würde geschont, es würde weniger Unfälle und damit auch weniger Verkehrstote geben und der Lärm für die Bevölkerung, aber auch für die Tierwelt, könnte reduziert werden.

Im Vorfeld der Pfingst- und Sommerferien betont der BBU, dass ein Großteil der Urlaubsreisenden Raser auf den Autobahnen ablehnt. "Ein gutes soziales Miteinander auf der Autobahn ist wertvoller und für alle stressärmer, als nur eine Stunde früher am Urlaubsort zu sein. Die Erholung kann so bereits auf der Fahrt beginnen", so BBU-Vorstandsmitglied Ursula Weiß.

Aus Sicht des BBU wäre ein Tempolimit ein wichtiges Mittel zur CO₂-Reduktion im Straßenverkehr. Erhebliche Mengen des schädlichen Klimagases könnten eingespart werden. Grundsätzlich appelliert der BBU gerade an Urlaubsreisende, die Fahrt in den Urlaub, aber auch Dienstfahrten, mit der Bahn durchzuführen.

Im Internet-Shop des BBU sind zum Thema Tempolimit, aber auch zu anderen Umweltthemen, Aufkleber und Buttons erhältlich <http://www.bbu-online.de/Materialversand/Versand.html>.

BBU-Pressemitteilung vom 10.05.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/10.051.13.html>

Die neue mobilogisch! ist erschienen

In der Fröhsommer-Ausgabe (2/13) erfahren Sie zwar nicht alles, aber zumindest die Hälfte, was beim BUVKO in Berlin inhaltlich Interessantes geschehen ist: Berichte aus den Arbeitsgruppen zum Gehwegparken, Zebrastreifen, sowie zu Sicherheit und Gesundheit von Fuß und Rad in der Stadt und und und... Mehr dazu unter www.mobilogisch.de.

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 04 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 07.06.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.